

EUROPEAN LETTER OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

Rainhard Kloucek

EUROPÄISCHER BRIEF VOM 12.3.2015

Rechtsstaat statt Primat der Politik

EUROPEAN LETTER OF THE 12.3.2015

A state founded on the rule of law instead of primacy of politics

LETTRE EUROPÉENNE DU 12.3.2015

Un Etat de droit au lieu du primat de la politique



DAS PROJEKT EUROPA SICHERN — ASSURER LE PROJET EUROPE — GUARANTEE THE PROJECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-600

es-ck@european-society-coudenhove-kalergi.org

Rechtsstaat statt Primat der Politik

Rainhard Kloucek

Generalsekretär der Paneuropabewegung Österreich, Präsidiumsmitglied von Paneuropa International,
Mitglied im Lord Acton Kreis

Im Zuge der sogenannten Euro-Krise, die man besser als Krise des Wohlfahrtsstaates, der seine Sucht zur Verschuldung nicht mehr unter Kontrolle bekommt, bezeichnen sollte, werden immer wieder Lösungsansätze präsentiert, die sich schon in der Vergangenheit als falsch erwiesen haben. Da wollen die einen Europa planwirtschaftlicher machen. Sie glauben, man könne Probleme durch Umverteilung lösen. Die anderen wollen das Rad der Zeit zurückdrehen und suchen ihr Heil in einer Auferstehung des Nationalstaates. Aber beide Konzepte, sowohl Planwirtschaft als auch Nationalismus, haben in der Geschichte versagt und können Europa nicht aus der Krise führen.

Verfechter beider falscher Ideologien, aber auch viele Anhänger eines „mehr Europa“ untermauern ihre politischen Positionen mit der Forderung nach der Etablierung eines „Primat der Politik“. Der Politik, so ihre These, sei das Heft des Handelns aus der Hand genommen worden, anonyme Märkte und Finanzinstitutionen würden die Welt steuern. Das dürfe sich die Politik nicht länger gefallen lassen, sie müsse die letzte Entscheidung haben. Es wäre verlockend diese Verschwörungstheorie in ihre absurden Details zu zerlegen, dies würde aber den Rahmen des Aufsatzes sprengen. Nur so viel: Auch die Finanzmärkte handeln in dem Rahmen, den die Politik gesetzt hat. Kein Finanzmarkt zwingt die Politik in die massive Verschuldung, die Europa kennzeichnet. Das griechische Problem ist übrigens eine Folge des wiederkommenden Primats der Politik über die ökonomische Vernunft.

Vielmehr soll hier dargelegt werden, dass der Ruf nach einem „Primat der Politik“ Europa nicht retten sondern nur weiter in den Abgrund ziehen würde. Schon in der aktuellen Krise und der sogenannten Rettungspolitik hat die Politik Entscheidungen unter Ausschaltung und Umgehung des Rechts getroffen. Einmal geschaffene neue Institutionen, für die notdürftig irgendwelche Rechtstitel zusammengebastelt wurden, geben Europa eine neue institutionelle Ordnung, ohne dass je über die entsprechenden Folgen auch nur im Ansatz diskutiert wurde.

Neu ist das Konzept eines „Primat der Politik“ nicht. Europa hat solche Phasen durchlebt. Der Absolutismus, egal ob aufgeklärt oder nicht, war ein solcher Primat der Politik. Entscheidungen wurden nicht nach den Regeln des Rechts getroffen, sondern nach den Regeln der absolutistischen Macht. Der Ausspruch des französischen Sonnenkönigs, „der Staat bin ich“, formuliert knapp und präzise was Primat der Politik wirklich bedeutet: der Wille der politischen Nomenklatura (damals eben ein einzelner Herrscher) steht über dem Recht. Nicht das Recht dominiert, sondern die politische Willkür. Auch die totalitären Systeme, die Europa im 20. Jahrhundert für lange Zeit dominiert haben, folgten dem

Prinzip eines Primat der Politik. Die Partei hatte immer Recht. **Richard Coudenhove-Kalergi** sprach in diesem Zusammenhang vom „totalen Staat“, den er abgelehnt hat (nachzulesen in seinem Buch „Totaler Staat – Totaler Mensch“).

Dem entgegen steht jene Tradition, die Europa zu seiner Blüte geführt hat: die Herrschaft von Recht und Freiheit, die Rechtsstaatlichkeit als Rahmen, der für alle gilt. Fast vergessen ist heute, dass es insbesondere die katholische Kirche war, die zur Herausbildung der Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Rolle gespielt hat. Der Investiturstreit sei als ein Beispiel dafür genannt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der das Ende zumindest einer der beiden großen totalitären Spielarten brachte, war es die Idee der sozialen Marktwirtschaft, die den Staat auf die Rolle als Hüter eines Ordnungsrahmens (und nicht als ökonomischer Akteur), der für alle gelten sollte, reduzierte. Das Wirtschaftswunder, das die beiden zerstörten Länder Österreich und Deutschland zu wohlhabenden Gemeinschaften machte, war ein Ergebnis dieser Herrschaft des Rechts.

Die Überlegenheit dieser Rechtsstaatlichkeit zeigte sich letztlich auch in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE), über deren Schlussakte international gültige Rechtsgrundsätze vereinbart wurden, die auch die totalitäre Sowjetunion verpflichteten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Sowjetherrschaft in Europa leisteten.

Wer heute einem Primat der Politik Europa das Wort redet, sollte sich im Klaren darüber sein, dass er damit der politischen Willkür das Wort redet. Die Tatsache, dass die Forderung nach dem Primat der Politik aus praktisch allen Lagern vertreten wird, muss als schwerwiegendes Indiz für eine Verrohung der politischen Kultur Europas bezeichnet werden.

Erklärung zu den „Europäischen Briefen“:

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen.

Richard Coudenhove-Kalergi, mit Wurzeln in mehreren europäischen Ländern, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

SPONSOREN

Senator DDr. Herbert Batliner Liechtenstein
 Bankhaus Schelhammer & Schattera Vienna Österreich
 Mondi Gruppe Wien Österreich
 Novomatic AG Österreich
 Österreichische Lotterien
 Österreichische Nationalbank
 Raiffeisen International Österreich
 Josef Umdasch AG Österreich
 Stadt Nancy Frankreich
 Wiener Städtischer Wechselseitiger Versicherungsverein – Vermögensverwaltung – Vienna Insurance

A state founded on the rule of law instead of primacy of politics

Rainhard Kloucek

Secretary General of the Paneuropean Movement Austria, Member in the Presidency of Paneuropa Union,
member in the Lord Acton Circle.

In the wake of the so-called Euro crisis which should rather be called crisis of the welfare state which is not able anymore to gain control of its addiction to make debts there presented again and again approaches to a solution which had already proved to be wrong in the past. For example, some people want to shape Europe more towards a planned-economy system. These people believe that it is possible to solve the problems by redistribution. Other people want to turn back the wheel of time and they are seeking their salvation in a resurrection of the nation state. Both concepts, however, planned economy as well as nationalism, have not proved as a proper solution for the crisis in history.

Advocates of these both wrong ideologies, but also many supporters of the concept “more Europe“ emphasise their political positions with the claim for the establishment of a „primacy of politics“. According to their thesis, politics has been taken away its independent responsibility for taking own actions, anonymous markets and financial institutions would control the world. They argue that politics should no longer accept this situation; politics should have the final say. It would be tempting to analyse this conspiracy theory, this would, however, go beyond of the discussion of this topic. So I will limit myself to the following: The financial markets, too, are acting within the framework set by politics. No financial market constrains politics to make massive debts, the situation in which Europe currently is. By the way, the Greek problem is a consequence of the revival of the primacy of policy over economic reason.

In this context, the attention shall rather be drawn to the fact that the claim for a “primacy of politics“ would not save Europe, but drag it furthermore into the abyss. Politics has also made during the current crisis decisions while eliminating and circumventing law. Institution which are once set up, for which there are poorly invented some legal titles give Europe a new order, without ever having discussed the corresponding consequences even tentatively.

The concept of “primacy of politics“ is not new. Europe went through such phases. Absolutism, not matter whether enlightened or not, was such a primacy of politics. Decisions were not made according to the rules of law, but according to the rules of the absolutistic power. The saying of the French Sun King, „I am the state“, highlights briefly and precisely what the primacy of politics really means: the will of the political nomenclature (at that time this was just a single monarch) is above the law. It is not the law which dominates, but the political arbitrariness. The totalitarian system which

dominated Europe for a long time during the 20th century followed the principle of a primacy of politics. The Party is always right. In this context, **Richard Coudenhove-Kalergi** referred to the term “total state“ which he refused (this can be read in his book “Total State – Total Man“).

This is in contrast with the tradition which led Europe to its blossom: the rule of law and freedom, the rule of law as a framework which was applicable for all people. Nowadays, it has been nearly forgotten that it was, above all, the Catholic Church which played an important role in the establishment of the system of the rule of law. The Investiture Controversy is an example for this fact.

After the Second World War, which brought the end of at least one of the two big totalitarian varieties, it was the idea of the Social Market Economy which reduced the state to the role as guardian of a regulatory framework (and not as an economic actor) which should be applicable for everyone. The economic miracle which transformed the two destroyed countries Austria and Germany into wealthy communities was a result of this rule of law. The advantages of this rule finally became evident in the Conference on Security and Co-operation in Europe (CSCE, nowadays Organisation on Security and Co-operation in Europe, OSCE). By means of the Final Act of the CSCE there were agreed internationally applicable principles of law which also obliged the totalitarian Soviet Union and, thus, made a substantial contribution for overcoming the Soviet regime in Europe.

Someone who, nowadays, pleads in favour of a primacy of politics in Europe, should be well aware of fact that by in doing so he pleads at same time in favour of political arbitrariness. The fact that the claim for the primacy of politics is raised by virtually all political camps has to be characterised as a serious indicator for a brutalisation of political culture in Europe.

Comment on the “European Letters”:

The “European Letters” are published by the Coudenhove-Kalergi Society. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans.

Richard Coudenhove-Kalergi, with roots in different European countries, developed the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism soon after World War I. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed to the founding of the Council of Europe in 1949. The present European Union was a result of the political and economic realisation of the European peace project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as a Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

SPONSORS

Austrian Lotteries
 Austrian National Bank
 Raiffeisen International Austria
 Senator Herbert Batliner, DDr., Liechtenstein
 Bank Schelhammer & Schattera
 The City of Nancy France
 Mondi Group Vienna Austria
 Novomatic Corp Austria
 Josef Umdasch Corp Austria.
 Wiener Städtischer Wechselseitiger Versicherungsverein – Vienna Insurance Group Austria

Un Etat de droit au lieu du primat de la politique

Rainhard Kloucek

Secrétaire Général du Mouvement Paneuropéen de l'Autriche, membre du Comité de l'Union
Paneuropéenne Internationale, membre du Cercle Lord Acton.

Dans le cadre de la crise dite de l'Euro qui devrait être désignée comme crise de l'Etat providence qui n'est plus capable de placer sous contrôle son addiction à l'endettement, on voit se présenter toujours des approches vers une solution qui ont déjà prouvé faux dans le passé. Par exemple, certains veulent organiser l'Europe plutôt comme une économie dirigée. Ceux-là croient qu'il est possible de résoudre les problèmes au moyen d'une redistribution. D'autres veulent retourner la roue du temps et cherchent leur salut dans une résurrection de l'Etat-nation. Cependant, tous les deux concepts, l'économie dirigée aussi bien que le nationalisme ont échoué et ne sont pas aptes pour sortir l'Europe de la crise.

Les partisans de ces idéologies fausses, mais également les partisans du concept „plus de l'Europe“ soulignent leurs positions politiques par la demande de l'établissement d'un „primat de la politique“. Selon eux, la politique a été privée de sa faculté indépendante de prendre des propres actions, des marchés anonymes et institutions financières contrôlent le monde. Les partisans de cette thèse argumentent que la politique ne devrait plus accepter cette situation, la politique devrait avoir le dernier mot. Il serait tentant d'analyser les détails absurdes de cette théorie de la conspiration, cependant une telle analyse dépasserait les limites de cet article. Pour cette raison je vais me limiter aux faits suivants: Les marchés financiers, eux aussi, agissent dans le cadre prescrit par la politique. Aucun marché financier ne contraint la politique à faire des dettes massives, la situation dans laquelle l'Europe se trouve actuellement. Je veux seulement remarquer que le problème grec est la conséquence de la résurrection du primat de la politique sur la raison économique.

Dans ce contexte, l'attention devrait plutôt se diriger sur le fait qu'un plaidoyer pour un „primat de la politique“ ne sauverait pas l'Europe, mais un „primat de la politique“ descendrait l'Europe à nouveau pas dans l'abîme. Pendant la crise actuelle la politique a également pris des décisions en éliminant et supprimant des lois. De nouvelles institutions, une fois créés, pour lesquelles on a sommairement bricolé des titres juridiques quelconques, donnent à l'Europe un nouvel ordre institutionnel, sans qu'il y ait jamais eu la moindre discussion sur les conséquences que cela peut produire. Le concept du „primat de la politique“ n'est pas nouveau. L'Europe a traversé telles phases. L'Absolutisme, que ce soit éclairé ou non, était un tel primat de la politique. Les décisions n'ont pas été prises selon les règles de l'Etat de droit, mais selon les règles du pouvoir absolu. La phrase du Roi Soleil Français „L'Etat c'est moi“, accentue brièvement et précisément l'importance réelle du terme primat de la politique: la volonté de la nomenclature politique (à cette époque c'était simplement un souverain unique) est au-dessus de la loi. Il n'est pas la loi qui domine, mais l'arbitraire politique. Le système

totalitaire qui a dominé l'Europe pendant une longue période pendant le 20^{ème} siècle a suivi le principe du primat de la politique. Le Parti a toujours raison. Dans ce contexte, **Richard Coudenhove-Kalergi** a cité le terme „l'Etat total“, un terme qu'il détestait (ceci peut être lu dans son livre „L'Homme et l'État totalitaire“).

Tout cela est contraire à la tradition qui a mené l'Europe à son âge d'or: la domination de loi et liberté, l'Etat-droit comme condition cadre applicable à tous les hommes. Aujourd'hui on a presque oublié que c'est l'Eglise Catholique qui a apporté une contribution essentielle à l'établissement du système de l'Etat-droit. Pensons à la Querelle des Investitures, par exemple.

Après la Deuxième Guerre Mondiale, qui a au moins eu comme conséquence la fin de l'un des deux grands totalitarismes, ce fut l'heure de l'économie sociale de marché, un système qui réduit l'Etat au rôle d'un gardien qui assure le cadre réglementaire valable pour tout le monde, en rejetant le concept de l'État comme acteur économique. Le miracle économique qui transforma les deux pays détruits l'Autriche et l'Allemagne en communautés prospères était un résultat de cet Etat-droit. Finalement, les avantages de ce système réglementaire sont devenus évidents lors de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE, aujourd'hui désignée comme l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe, OSCE). Au moyen de l'Acte final du CSCE on a convenu des principes valables sur le plan international qui obligeait également l'URSS totalitaire. Ainsi, cet Acte final a aidé essentiellement à surmonter le régime soviétique en Europe.

Qui conque, aujourd'hui, plaide en faveur du primat de la politique, devrait se rendre compte qu'en même instant il plaide en faveur d'un arbitraire politique. Le fait que le primat de la politique est réclamé par virtuellement tous les camps politique doit être caractérisé comme un indicateur grave d'un déclin de la culture politique en Europe devenant de plus en plus brutale.

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés.

Richard Coudenhove-Kalergi, avec des racines dans plusieurs pays européens, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

SPONSORS

Banque Nationale d'Autriche
 Raiffeisen International Autriche
 Sénateur Herbert Batliner, Liechtenstein
 Banque Schelhammer & Schattera
 Mondy Groupe Vienne Autriche
 La ville de Nancy France
 Loteries Autrichiennes
 Novomatic SA Autriche
 Josef Umdasch SA Autriche
 Wiener Städtischer Wechselseitiger Versicherungsverein - Vienna Insurance Group Autriche